

Rektorenkonferenzen warnen vor falschen Weichenstellungen durch europäische Regierungschefs

Eigentlich scheint es der europäischen Wissenschaft im Oktober des Jahres 2020 gut zu gehen. Durch ihre schnelle Reaktion in der Corona-Krise ist ihre existenzielle Bedeutung für das Funktionieren unserer Gesellschaften deutlich geworden; die Auszeichnung mehrerer europäischer Forscher und Forscherinnen mit Nobelpreisen wiederum bestätigt ihre Leistungsfähigkeit und ihren internationalen Ruf. Können sich die europäischen Wissenschaftler also zurücklehnen und entspannen? Das Gegenteil ist der Fall: Die wissenschaftliche Gemeinschaft in Europa steht möglicherweise vor einem Jahrzehnt fehlgeleiteter europäischer Sparsamkeit bei Forschung, Innovation und Hochschulbildung. Das gefährdet unsere zukünftige Leistungsfähigkeit, was sich nachhaltig auf den ganzen Kontinent auswirken wird.

Zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission wird über die Zukunftsperspektiven der europäischen Forschung und Hochschulbildung im Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union verhandelt. Was zunächst technisch klingen mag, wird letztlich konkrete, langfristige und schmerzhaft Folgen für die gesamte Gesellschaft haben. Denn die Entscheidung bindet uns nicht nur für einige Monate oder ein Jahr. Sie wird uns über den sehr langen Zeitraum bis einschließlich 2028 begleiten – und durch den dann eingeschlagenen Weg sogar darüber hinaus.

Dabei ist eine ausreichend ausgestattete Forschung der Schlüssel, um erfolgreiche Lösungen für die drängendsten globalen Herausforderungen wie den Klimawandel entwickeln zu können. Durch Forschung schaffen wir darüber hinaus neue Ideen und Konzepte, um die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft und die Nutzung künstlicher Intelligenz erfolgreich zu gestalten. Achtzig Prozent der EU-Exporte sind von technologiebasierten Industrien abhängig. Unsere Gesellschaft ist auf einen Vorsprung bei der Erweiterung unseres Wissens angewiesen, um unsere Arbeitsplätze und somit unseren Wohlstand zu bewahren. Die technologische Entwicklung kann nur auf einem starken Fundament gedeihen: der Grundlagen- und angewandten Forschung sowie auf einer Hochschulbildung, die Kompetenzen für das digitale Zeitalter vermittelt. Dazu gehören Problemlösungsfähigkeit, kritisches Denken und Kreativität.

Das europäische Hochschulsystem ist Weltklasse und gut auf solche Aufgaben vorbereitet. Um in dieser Liga langfristig mitzuspielen, sind jedoch gerade im Hinblick auf geopolitische Entwicklungen ausreichende Mittel unerlässlich. Die USA stehen hier an der Spitze, und seit 2017 hat China mit Investitionen in Forschung und Innovation in Höhe von 370 Milliarden Euro die EU mit ihren 320 Milliarden Euro auf den dritten Platz verwiesen. Es ist dringend geboten, unsere Position als Kontinent der Innovationen zu verteidigen, um künftige technologische Abhängigkeiten zu vermeiden. Unsere Gesellschaft wird von der digitalen Zeitenwende geprägt werden, und wir müssen durch eine starke eigene Wissenschaftsbasis sicherstellen, dass unsere demokratischen Grundrechte und humanistischen Werte wie Freiheit, Transparenz, Privatsphäre und offene Zusammenarbeit in diesem Prozess garantiert und weiter gestärkt werden.

Deshalb lehnen wir die Entscheidung unserer Regierungen kategorisch ab, die Mittel für die europäische Zusammenarbeit in Bildung, Forschung und Innovation zurückzufahren. Nimmt man zum Mehrjährigen Finanzrahmen noch die Kürzungen im Zusammenhang mit dem EU-Wiederaufbaufonds NextGenerationEU hinzu, so würden den europäischen Programmen für Studentenmobilität und Hochschulzusammenarbeit, Forschung und Innovation zukünftig insgesamt 16,9 Milliarden Euro verloren gehen.

Die gegenwärtige Stärke unseres europäischen Wissenschafts- und Innovationsökosystems beruht auf zwei Säulen: einer exzellenten nationalen Wissenschaftsbasis in Verbindung mit einer engen europäischen Zusammenarbeit. So können wir Wettbewerb und Kooperation optimal aufeinander beziehen und neues Wissen für unsere Gesellschaften nutzbar machen. Kürzungen im europäischen Haushalt lassen sich nicht durch nationale Investitionen ausgleichen. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Mit den neu gegründeten Europäischen Hochschulallianzen wollen die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in Europa auf ein neues Niveau heben. Die Finanzierung dieser ehrgeizigen neuen Netzwerke ist jedoch durch die beabsichtigten Kürzungen im Programm Erasmus+ gefährdet.

In einer Welt, die komplexer, internationaler und schnelllebiger geworden ist, brauchen wir junge Menschen, die sich in diesem Umfeld mit der Fähigkeit zu kritischem Denken und der Wertschätzung für europäische und internationale Zusammenarbeit bewegen können. Das Programm Erasmus+ bietet hierzu eine wertvolle Vorbereitung, da es Studierenden die Möglichkeit bietet, ihren Horizont zu erweitern, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und ihre persönliche Entwicklung zu fördern. Und doch hätten selbst mit den bisher vorgesehenen Mitteln in den nächsten sieben Jahren nur 5 % aller Studierenden auf europäischer Ebene mobil sein können. Mit den derzeit geplanten Kürzungen wird diese Zahl noch geringer ausfallen.

Die vom wissenschaftlichen Dienst der Europäischen Kommission durchgeführte Studie "The Grand Challenge - The design and societal impact of Horizon 2020" ergab, dass jeder in die europäische Forschung investierte Euro ein wirtschaftliches Überschusswachstum von 13 Euro generiert. Wer würde eine solche Investition ablehnen und dann behaupten, das Geld "gespart" zu haben? Genau das geschieht jedoch, wenn unsere Regierungen 16,9 Milliarden Euro für die europäische Bildung und Forschung kürzen. Den statistischen Daten der Studie zufolge werden unsere Gesellschaften dadurch bis zu 200 Milliarden Euro an wirtschaftlichem Mehrwert verlieren. Daneben werden die Kürzungen zu einer stärkeren technologischen Abhängigkeit führen und die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen – allen voran Klimawende und Erreichen der Nachhaltigkeitsziele – erheblich erschweren. Außerdem gefährden sie die Qualität und Stärke unserer Grundlagenforschung, die eine Schlüsselressource für den Reichtum und die Kultur unseres Kontinents darstellt.

Die entscheidenden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU sind derzeit im Gange. Noch ist es nicht zu spät, den Kurs zu ändern. Wir fordern daher unsere Regierungen auf, den Wert von Bildung, Forschung und Innovation auf europäischer Ebene anzuerkennen und gemeinsam mit dem Europäischen Parlament durch eine Rücknahme der Kürzungen die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen.

Prof. Dr. Peter-André Alt, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

Pieter Duisenberg, Präsident De Vereniging van Universiteiten (VSNU) der Niederlande

Univ.Prof. Dr. Sabine Seidler, Präsidentin der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko)